DIE



Katastrophale Arbeitsbedingungen in Kleiderfabriken in Asien oder Osteuropa, missbräuchliche Kinderarbeit bei der Kakaoproduktion in Westafrika, tödliche Emissionen in Sambia: Immer wieder verletzen Konzerne mit Sitz in der Schweiz die Menschenrechte und ignorieren minimale Umweltstandards. Die Konzernverantwortungsinitiative will solchen Geschäftspraktiken einen Riegel schieben.

# Das können Sie tun

Besuchen Sie eine Veranstaltung (Filmanlass, Podiumsgespräch, Sitzung von Engagierten in Ihrer Region): publiceye.ch/events. Informieren Sie ihr Umfeld (Bestellmöglichkeit für Infomaterial auf dem Talon)

Der Kampf gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur durch multinationale Konzerne hat eine lange Geschichte, die in der Schweiz aufs Engste mit den Zielen und Tätigkeiten von Public Eye (vormals Erklärung von Bern) verbunden ist. Seit 50 Jahren deckt Public Eye mit profunden Recherchen Missstände auf, die ihren Ursprung in der Schweiz haben. Mittels Kampagnen setzt sich Public Eye für verantwortungsvoll handelnde Unternehmen und die Rechte von Menschen weltweit ein. Mitglieder von Public Eye und ihre Aktivistinnen und Aktivisten haben über einen Viertel der Unterschriften für die Konzernverantwortungsinitiative gesammelt.

von Public Eye für mehr

Konzernverantwortung

Das Engagement

Gerechtigkeit beginnt bei uns Public Eye

Erklärung von Bern

Dienerstrasse 12 | Postfach | 8021 Zürich +41 (0) 44 2 777 999 | kontakt@publiceye.ch Postkonto 80-8885-4

# publiceye.ch

@publiceye.ch publiceye\_ch

(i) @publiceye\_ch







# Darum braucht es die Konzernverantwortungsinitiative

Menschenrechte und Umweltschutz sind nicht verhandelbar: Es kann nicht sein, dass Schweizer Konzerne im Ausland Profit auf Kosten von Mensch und Umwelt machen. Auf Freiwilligkeit zu setzen, ist blauäugig. Nur ein klarer rechtlicher Rahmen garantiert, dass auch unbelehrbare Konzerne

elementare Rechte respektieren und sich die Situation für die betroffenen Menschen verbessert.

Die Wirtschaft muss Verantwortung übernehmen: In

der globalisierten Wirtschaft verfügen Konzerne über mehr Geld und Einfluss als Staaten. Sie scheinen über dem Recht zu stehen. Diese Entwicklung führt bei vielen Menschen zu Verunsicherung. Die Konzernverantwortungsinitiative bekämpft die Auswüchse der Globalisierung.

**Vorbeugen ist besser als heilen:** Dank der Initiative können Konzerne künftig nicht mehr die Augen verschliessen vor Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden, die

sie verursachen. Sie wirkt also präventiv. Verletzt hingegen ein Konzern seine Pflichten, können Opfer vor einem Schweizer Gericht Wiedergutmachung für erlittenes Leid erhalten.

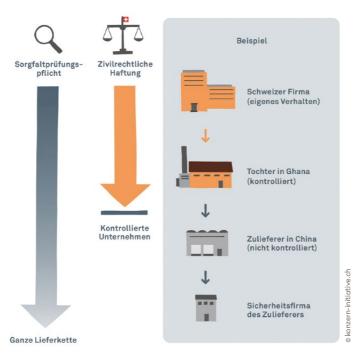
Eine Lösung mit Augenmass: Wer verantwortlich wirtschaftet, hat nichts zu befürchten. Viele Länder haben bereits ähnliche Gesetze verabschiedet. Public Eye hat die Initiative, die 2016 eingereicht wurde, mitinitiiert und sie wird heute von über 100 Organisationen unterstützt. Die Initiative hat bereits viel bewegt: National- und Ständerat diskutieren über einen Gegenvorschlag. Wenn dieser ungenügend ausfällt, wird 2019 oder 2020 über die Initiative abgestimmt.

### Hauptforderung der Initiative



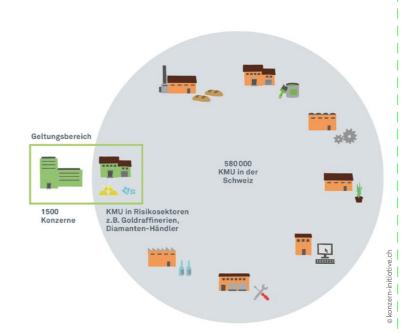
Die Initiative bringt **für Konzerne eine Pflicht zur Sorgfalts-prüfung.** Das bedeutet: Sie müssen überprüfen, ob durch Tätigkeiten im Ausland Menschenrechte und Umweltstandards verletzt werden, entsprechend handeln und darüber berichten. Missachten die Konzerne ihre Sorgfaltsprüfungspflicht, müssen sie in der Schweiz für ihre schädlichen Handlungen gerade stehen.

#### Reichweite



Die Sorgfaltsprüfung erstreckt sich auf alle Geschäftstätigkeiten und die Lieferkette. Die Haftung hingegen gilt nur für kontrollierte Unternehmen (den Konzern), insbesondere Tochtergesellschaften im Ausland. Die Initiative bezieht sich auf die 2011 in der UNO einstimmig angenommen Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Bei einer Haftungsklage beurteilt ein Schweizer Richter, ob der Konzern hierzulande seine Pflichten erfüllt hat.

## Geltungsbereich der Initiative



Die überwiegende Mehrheit der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in der Schweiz ist nicht von der Initiative betroffen. Ausnahmen sind KMU, die Hochrisiko-Geschäfte tätigen, etwa mit Diamanten oder Gold handeln.

Nicht frankieren
Ne pas affranchir
Non affrancare
äftsantwortsendung Invio commercial

Public Eye Postfach

Public Eye

Frau 🗆 Herr

Vorname | Name

.

leleton

- Mail